

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
8. Wahlperiode
Wissenschafts- und Europaausschuss

Schwerin, 16.11.2023

Telefon: (0385) 525-1580/-81/-82
E-Mail: pa8mail@landtag-mv.de

MITTEILUNG

Die 40. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Kultur,
Bundesangelegenheiten, Angelegenheiten der Europäischen Union
und internationale Angelegenheiten
(Wissenschafts- und Europaausschuss, 8. Ausschuss)
findet am Donnerstag, den 23.11.2023, um 13:00 Uhr
in Schwerin, im Schloss, in der **Hofdornitz** statt.

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfes der Landesregierung
**Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung
des Aufarbeitungsbeauftragtenengesetzes**
- Drucksache 8/2593 -

hier: Öffentliche Anhörung

hierzu: ADRs. 88/277, 8/283, 8/287, 8/288, 8/292 und 8/293

Paul-Joachim Timm
Vorsitzender

Liste der Anzuhörenden

- Dr. Maria Nooke Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur
- Niels Schwiderski Leiter der Geschäftsstelle der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag
- Martin Klähn Politische Memoriale MV e. V.

Fragenkatalog

1. Wie bewerten Sie den vorliegenden Gesetzesentwurf im Vergleich zu den bestehenden Gesetzen anderer Bundesländer?
2. Sind Ihnen entsprechende gesetzliche Zuschreibungen und professionalisierte Strukturen bei den Landesbeauftragten anderer Bundesländer bekannt?
3. Sind Ihrer Meinung nach im Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Aufarbeitungsbeauftragtengesetzes die in § 2 gefassten Aufgaben des Landesbeauftragten so umfassend, dass damit zukünftig alle wichtigen Anliegen durch die SED-Diktatur Geschädigter abgebildet werden können?
4. Welche Änderungen halte Sie für notwendig, damit die Landesbeauftragte/der Landesbeauftragte ihre/seine Arbeit entsprechend der höchsten wissenschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Anforderungen an das Amt ausführen kann?
5. Der vorliegende Gesetzesentwurf bezeichnet die Aufgaben der/des Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, aber keine Befugnisse.
 - a) Sollte das Amt mit Befugnissen ausgestattet werden?
 - b) Wenn ja, mit welchen Befugnissen?
6. Wie beurteilen Sie den aktuellen Aufarbeitungsstand?
7. Gibt es Akten, bzw. Archive, deren Bestände gefährdet sind und deren Zugang dringend gesichert werden sollte?
8. Wie beurteilen Sie die unbestimmte Bezeichnung „Geheimpolizei einer Diktatur“ vor dem Hintergrund, dass es sich beim Ministerium für Staatssicherheit um die Geheimpolizei und den Nachrichtendienst einer ganz konkreten Diktatur gehandelt hat, bekanntlich der der SED?
9. Wie hoch schätzen Sie den Stellenwert der psychosozialen Beratung der Betroffenen für den Rehabilitationsprozess und die Überwindung der Opferperspektive ein?
10. Welche zeitlichen und personellen Ressourcen erfordert eine psychosoziale Beratung entsprechend des Bedarfs im Hinblick auf den tatsächlichen, bisher unter Umständen nicht aktiv geforderten Bedarf?
11. Erachten Sie es für notwendig, Gesetze in geschlechtsneutralen Bezeichnungen zu verfassen?